

Hohenstein-Ernstthal Tagesblatt

Amtsblatt

Anzeiger



Das Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal.
Organ aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Hohenstein-Ernstthal mit Gattengrund, Oberlungwitz, Gersdorf, Gernsdorf, Bernsdorf, Ritsdorf, Langenberg, Meinsdorf, Falken, Reichenbach, Langenschürsdorf, Callenberg, Grumbach, Tirschnapp, St. Egidien, Wilsenbrand, Grüna, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Pleiße und Ruffdorf.

Erscheint jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis frei ins Haus vierteljährlich 9,75 Mk., monatlich 3,25 Mk. Durch die Post bei Abholung auf dem Postamt vierteljährlich 9,75 Mk., monatlich 3,25 Mk., frei ins Haus vierteljährlich 10,65 Mk., monatlich 3,55 Mk. Für die Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. Geschäftsstelle: Schulstraße Nr. 31. Briefe und Telegramme an das Amtsblatt Hohenstein-Ernstthal.

Fernsprecher Nr. 11.
Bankkonto: Chemnitzer Bankverein, Chemnitz.
Postfach-Konto: Leipzig 28464.

Der Anzeigenpreis beträgt in den obengenannten Orten für die sechsgespaltene Korpusbreite 60 Pfg., auswärts 70 Pfg., im Reklamefeld 1,60 Pfg. Bei mehrmaligem Abdruck tarifmäßige Nachlässe. Anzeigenaufgabe durch Fernsprecher schließt jedes Beschwerderecht aus. Bei zwangsweiser Eintreibung der Anzeigengebühren durch Klage oder im Konkursfalle gelangt das volle Betrag unter Wegfall der bei sofortiger Bezahlung bewilligten Abzüge in Anrechnung.

Nr. 120

Donnerstag, 27. Mai 1920

70. Jahrg.

Die Mark steigt weiter!

Im Zentrum der Bewegung auf dem ausländischen Devisenmarkt steht heute die Reichsmark. Trotz der deutschen Wirtschaft durch die Warenkrise drohenden Gefahren schiebt sich das Preisniveau der Auszahlung Berlin immer weiter in die Höhe. Während sich aber die Preisbesserung in den vergangenen Wochen nur langsam und mit mäßigen Schritten durchsetzen konnte, ist nach der feiertäglichen Ruhe eine sprunghafte Steigerung der deutschen Valuta eingetreten. Die Gründe für die Aufwärtsbewegung des Marktkurses sucht man weniger in spekulativen Momenten, man führt sie vielmehr auf große Entkäufe für amerikanische Rechnung zurück, weil in Amerika günstige Anschauungen über die wirtschaftliche Zukunft des Deutschen Reiches bestehen. Diese Zuversicht erscheint nicht unbegründet. Obgleich wir keine festen Anhaltspunkte über die Gestaltung unserer Außenhandelsziffern besitzen, geht doch aus verschiedenen Anzeichen hervor, daß die deutsche Handelsbilanz aktiv geworden ist, abgesehen natürlich von den Zahlungsverpflichtungen, die uns aus dem Friedensverträge erwachsen. Gegenüber England zum Beispiel besitzt unsere Handelsbilanz nur noch einen verhältnismäßig geringen Passivsaldo. Nach englischen Feststellungen, die nicht angezweifelt werden können, erhielt Deutschland aus England im ersten Vierteljahr 1920 Waren im Werte von 4,69 Millionen Pfd. Sterling, während umgekehrt in demselben Zeitraum 4,12 Millionen Pfund Sterling deutsche Waren in England eingeführt wurden. Die weitere Sanierung unserer Ein- und Ausfuhrverhältnisse ist natürlich abhängig von der strengen Durchführung eines getragenen Grenzverkehrs, der Erdrosselung des Schiebertums und des unreellen Handels. Es liegt kein Grund vor, an dem Erfolg der Maßnahmen zur Kontrollierung unserer Grenzen zu zweifeln; ebenso haben wir keinen Anlaß, die zukünftige Entwicklung des Kurzes der Reichsmark allzu pessimistisch zu beurteilen. Ueberwiegend kommt die jegliche „Markhaufe“ nur für die Kreise, die vergessen haben, wie die Mark vor einem Jahre gestanden hat. Wenn man bedenkt, daß in der zweiten Hälfte des Mai 1919 die Mark in der Schweiz mit etwa 40 Centimes bezahlt wurde, so leuchtet es wohl ein, daß die Aufwärtsbewegung der deutschen Zahlungsmittel während der letzten Zeit durchaus keine „Haufe“, sondern nur eine sehr notwendige Korrektur ist nach der vorausgegangen Unterschätzung unserer Währung.

Der internationale Preisfall.

Der starke Preisfall, der sich gleichfalls in Amerika und England abspielt, ist in Amerika zunächst in Lebensmitteln noch nicht besonders stark zu merken, obwohl es sehr wahrscheinlich ist, daß die Lebensmittelpreise ebenfalls wie die der Rohstoffe bald fallen werden. Ein Restaurant in New York hat die familiären Preise mit einem Fieberstich um 20 Prozent herabgesetzt, ebenso viele Warenhäuser im Lande. Aus Chicago wird gemeldet, daß Schweinefleisch und Getreide stark sinken. Gerade Chicago hat die Preise auf diesem Gebiete am längsten gehalten. Die amerikanische Presse will begreiflich, daß es sich um einen entscheidenden Rückgang handelt. Sie scheint anzunehmen, daß hier eine nur vorübergehende Schwankung vorliegt. Wie die englischen Blätter melden, ist der Preis der ägyptischen Baumwolle in den letzten Tagen der Vorwoche beträchtlich gefallen. Zuständige Kreise in Liverpool glauben, daß dies der Beginn eines allgemeinen Preisrückganges für sämtliche Waren bedeutet.

Deutschland nicht mehr das billigste Land.

Die Besserung unserer Valuta hat im besetzten Gebiet eine sehr beachtenswerte Folge gehabt. In Wiesbaden hatten sich nach Abschluß des Waffenstillstandes, besonders aber zur Zeit des stärksten Tiefstandes der deutschen Mark, neben den französischen Offizieren und Beamten der Besatzungsbehörde zahlreiche französische Zivilisten niedergelassen. Trotz der großen Wohnungsnot mußte unter dem Druck der Besatzungsbehörde von der Stadt Unterkunftsmaßnahmen für diese französischen Zivilisten geschaffen werden. Durch die Aufbesserung des Marktkurses ist, so wird bei „Frankf. Ztg.“

berichtet, der Aufenthalt in dem an sich teuren Wiesbaden nicht mehr lohnend. Infolgedessen ist in den letzten Tagen geradezu eine Massenflucht der französischen Zivilisten aus Wiesbaden eingetreten.

Deutschland beantragt Zulassung zum Völkerbund.

Nach Mitteilungen aus zuverlässigen parlamentarischen Kreisen ist im Reichsministerium beschlossen worden, auf der Konferenz in Spa den offiziellen Antrag auf Einbeziehung Deutschlands in den Völkerbund an die Alliierten zu stellen.

Die Entente lehnt ab!

Der „Temps“ meldet, daß der Rat der Alliierten sich auf Antrag Frankreichs gegen die Erörterung der Einbeziehung Deutschlands in den Völkerbund auf der bevorstehenden Konferenz in Spa entschieden habe. Die Frage der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund soll einer späteren Besprechung mit den deutschen Vertretern vorbehalten bleiben.

Clemenceau meldet sich.

Ueber eine Unterredung mit Clemenceau wird im „Gaulois“ berichtet. Clemenceau sagte, England und Amerika hätten den Betrag, welchen Deutschland zu zahlen fähig sei, auf 75 Milliarden geschätzt. Frankreich hätte für seinen Anteil die Kampfbatterien wieder aufbauen sollen. Er sei dagegen gewesen und schließlich habe man sich auf die Lösung des Vertrages von Versailles geeinigt. Es sei deshalb folgerichtig, daß Poincaré sein Amt als Vorsitzender des Wiederaufbauausschusses niedergelegt habe.

Das Verfahren gegen die „Kriegsverbrecher“

Dem deutschen Geschäftsräger in Paris wurde eine Mitteilung des Alliiertenrates übergeben, die die Zusage der Alliierten enthält, daß die Zeugen für die behaupteten Kriegsverbrechen der Deutschen vor dem Gerichtshof in Leipzig erscheinen sollen. Die Mitteilung enthält weiter die Wiederholung des Erdrückens der Alliierten an Deutschland nach Bekehrung des Verfahrens vor dem Leipziger Gerichtshof.

Der Völkerbundrat zur Abrüstungsfrage.

Der Völkerbundrat hat die Einsetzung eines Komitees beschlossen, das die Abrüstungsfrage untersuchen soll. Die Großmächte werden in diesem Komitee durch militärische, maritime und Luftfahrtsachverständige dauernd vertreten sein, während man die kleineren Staaten jedesmal einladen will, wenn ihre Interessen beraten werden. Der Plan zu diesem Komitee soll ausgegangen sein vom General Fayolle und von Sir Somerset-Gough-Calthorpe, der ehemals Oberkommissar in den Dardanellen und zweiter britischer Seelord war.

Eine neue Verschiebung der Konferenz von Spa.

In Telegrammen aus Paris wird bestätigt, daß eine neue Hinausschiebung der Konferenz von Spa um 14 Tage so gut wie sicher ist. Es sind bereits zwischen den alliierten Regierungen Besprechungen darüber eingeleitet, da die italienische Regierung wegen des Zutritts der neuen Kammer kaum in der Lage sein wird, schon am 21. Juni in Spa zu erscheinen.

Die an die deutsche Regierung gerichtete alliierte Note, in der mit Rücksicht auf die deutschen Wähler der Ausschub der Konferenz in Spa bis 21. Juni vorgeschlagen wird, hebt hervor, der Zweck der Konferenz sei, die Nichterfüllung feierlicher Verpflichtungen des Versailler Vertrages durch Deutschland zu erörtern und Abmachungen wegen der Sicherung der Durchführung des Vertrages in Zukunft zu treffen.

Die Folgen der Briefporto-Verteuerung.

Die dem Reichspostministerium vorliegenden Ergebnisse der ersten zwei Wochen der Portoerhöhung weisen einen etwa 20- bis 30-prozentigen Rückgang der Einnahmen der Reichspost auf. Der Briefverkehr in Groß-Berlin ist während des gleichen Zeitraumes um etwa 40 Prozent zurückgegangen. Noch größer ist der Rückgang in der Benutzung der Rohrpost.

Der Konflikt zwischen Ärzten und Ortskrankenkassen.

In der Auseinandersetzung zwischen den Ärzten und den Krankenkassen scheint eine wesentliche Annäherung erzielt zu sein. Wie wir hören, haben sich die Kassen bereit erklärt, der wesentlichen Forderung der Ärzte, wonach der Vorsitzende des Schiedsgerichts auf dem Wege der freien Vereinbarung gewählt wird, zuzustimmen. Man hofft deshalb, daß die Einigungsverhandlungen bald beginnen werden. Das Schiedsgericht wird sich zusammensetzen aus fünf Vertretern der Ärzte, fünf Vertretern der Kassen und zwei vom Reichsarbeitsministerium gestellten Vertretern.

Auch die Volksschullehrerinnen wollen streiken.

Die in Kassel abgehaltene außerordentliche Tagung deutscher Volksschullehrerinnen, die u. a. die rechtliche Stellung der Volksschullehrerinnen im neuen Deutschland erörterte, hat gemeinsam mit dem ebenfalls dort tagenden Landesverband preussischer Volksschullehrerinnen folgenden Beschluß gefaßt: Zur Erreichung der gewerkschaftlichen Ziele werden alle gesetzlich zulässigen Mittel zur Anwendung gebracht. Zu diesen gehört auch die Arbeitseinstreuerklärung.

Das Befinden Deschanels.

Im „Echo de Paris“ sagte Marcel Sutin, es sei sicher, daß sich Präsident Deschanel zur völligen Ruhe für eine noch unbestimmte Zeit, die sich aber bis weit in den Sommer hineinziehen könnte, entschließen müsse. Auf Veranlassung Millerands seien die Ärzte gebeten worden, täglich zwei Berichte über das Befinden des Präsidenten auszugeben. Alle vorgesehene Audienzen seien abgesetzt worden.

Eine tschechische Skandalaffäre.

Der ehemalige tschechische Justizminister Sautup erhielt gegen den Direktor der Stoba-Weite, Dr. Karl Stoda die öffentliche Anklage, daß er während des Krieges ein enormes Vermögen verdient habe und jetzt zu den gefährlichsten Feinden des tschechischen Staates gehöre. Stoda besitze mehrere Auslandspässe, mit denen er fortwährend in die Schweiz fahre und große Vermögen sowie Juwelen über die Grenze bringe, um sie der Steuer zu entziehen. Ueber 50 Millionen tschechischer Währung habe Stoda bereits in Schweizer Banken und laufe überdies in Wien und München Millionenvermögen. Stoda stehe außerdem mit Habsburger Agenten in steter Verbindung und leiste für sie Kurierdienste.

Die Ueberproduktion Amerikas.

„Matin“ meldet: Nachrichten aus den Vereinigten Staaten weisen darauf hin, daß die wirtschaftliche Entwicklung zwar noch nicht zu einer Krise ausartet, für Europa aber doch von größtem Interesse ist. Eine große Menge von Waren ist im Preise gesunken und gewisse Gehälter und Löhne sind ebenfalls im Begriff, herunterzugehen. Es scheint Ueberproduktion eingetreten zu sein. Ohne Zweifel wollten gewinnmüchtige Produzenten große Lager anhäufen. Um diese zu halten, haben sie vielfach den Kredit der Banken beansprucht. Die Banken, die über einen möglichen Preissturz sehr beunruhigt sind, drängen zum Verkauf der angekauften Waren und kündigen die Kredite. Eschleute meinen, daß man auf alle Fälle Verbindungen mit Europa anknüpfen müsse. Die Vereinigung der amerikanischen Bankiers beschloß, fünf Delegierte nach Paris zu entsenden, um an der Schaffung einer internationalen Handelskammer und einer internationalen Bankiervereinigung teilzunehmen. Der schlechte Stand der europäischen Valuten sei ein großes Hindernis für den amerikanischen Export.

Feldmarschall Boroevic †.

Am Sonntag starb in Klagenfurt Feldmarschall Boroevic infolge Herzschlages. Feldmarschall Boroevic, Kroate von Geburt, war einer der energischsten Typen der österreichischen Generallität. Nach Kriegsausbruch unternahm er mit seinem Korps in Serbien eingedrungen, drang sein Name das erste Mal in die Öffentlichkeit, als er zur Herstellung der Lage

in Ditalgien, die durch den Mißerfolg Brudermanns und den Verlust der Lemberger Schlacht gefährdet war, nach Ditalgien geworfen wurde. In der Karpatenschlacht im Winter 1914-15 erwarb er in der Verteidigung des Dullapasses den Ruf eines zähen und energischen Führers. In den Verfolgungskämpfen des Madenfer-Durchbruchs hatte er rühmlichen Anteil. Mit dem Ausbruch des italienischen Krieges wurde Boroevic an die Isonzofront gestellt. Auch hier bewährte er in der Verteidigung seinen alten Ruf in elf erfolgreichen Abwehrschlachten gegen eine starke Uebermacht an Mann und Material. Boroevic war so einer der wenigen österreichischen Heerführer geworden, zu deren Fähigkeit und Tapferkeit man auch in Deutschland wachsendes Vertrauen gewann. Ueber seinen Anteil an der Herbstoffensive gegen Italien, über das Unglück an der Piave, über die von Karl dem Apostolischen geförderte Rivalität gegen Conrad, wird die Geschichte urteilen.

Der Vormarsch der Bolschewisten.

Einer Washingtoner Meldung zufolge berichten „Associated Press“ aus Warschau: Die Russen griffen an der Nordgrenze an, um die polnischen Linien zu durchbrechen und eine Verbindung mit Ostpreußen herzustellen. Die „Times“ melden: Die Junitation in Odessa schweigt. Es ist möglich, daß Odessa wieder von den Bolschewisten besetzt ist, da nach amtlicher Anzeige der englischen Admiralität die Flotte der Alliierten die Häfen Odessa und Sebastopol wieder verlassen haben.

Sächsische politische Mitteilungen.

Die sächsische Regierung und der Belagerungszustand.

Die sächsische Staatskanzlei verbreitet über die streitige Frage, ob der Belagerungszustand für Sachsen noch besteht oder nicht, folgende Darstellung: In letzter Zeit ist verschiedentlich die Frage aufgeworfen worden, ob der am 23. April 1919 vom Reichspräsidenten für Sachsen angeordnete Belagerungszustand nicht tatsächlich noch bestehe, da seine Aufhebung nicht im Reichsgesetzblatt verkündet worden sei. Auch in der Volkskammer liegt eine Anfrage hierzu vor. Um diesen Zweifeln zu begegnen, sei auf folgendes hingewiesen: Bereits unter dem 3. Januar 1920 war auf Anregung der sächsischen Regierung vom Reichspräsidenten die Aufhebung des Belagerungszustandes für Sachsen in Aussicht genommen worden. Sie mußte aber mit Rücksicht auf die veränderten Umstände zunächst noch aufgeschoben werden und wurde erst unter dem 16. März 1920 aus Stuttgart in folgendem Wortlaute telegraphisch verfügt:

Die auf Grund von Artikel 48 der Reichsverfassung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit getroffenen Maßnahmen im Freistaat Sachsen werden hiernit aufgehoben. Reichspräsident Ebert, Reichswehrminister Noske.

Der Wortlaut dieses Telegramms nimmt zwar, da der Reichsregierung damals in Stuttgart keine Akten zur Verfügung standen, irrtümlicherweise auf den damals in Sachsen gar nicht bestehenden Ausnahmezustand nach Artikel 48 der Reichsverfassung Bezug, anlaß auf den tatsächlich geltenden Belagerungszustand nach der alten Reichsverfassung, wie er am 23. April 1919 verhängt worden war. Nach dem vorangegangenen Meinungsaustausch zwischen der Reichs- und sächsischen Staatsregierung konnte aber kein Zweifel darüber aufkommen, daß mit dem Telegramm der bestehende Belagerungszustand vom 23. April 1919 aufgehoben werden sollte. Die leitenden Behörden, wie die Staatsregierung und das Wehrkreiskommando 4, waren sich darüber einig, daß hier nur ein Versehen in der Fassung des Telegramms vorliegen konnte, wie es bei der Trennung des Reichspräsidenten von seiner Berliner Kanzlei und der Unmöglichkeit, die Akten einzusehen, erklärlich war. Um die Bekanntgabe des Telegramms nicht zu verzögern, wurde es durch die Staatskanzlei unverzüglich in allen Zeitungen Sachsens veröffentlicht. Außerdem wurden die Verwaltungsbehörden telegraphisch entsprechend verständigt. Damit wurde der